

Merkel will Billigung des EU-Vertrags nicht überstürzen

Bundesländer verlangen mehr Zeit / Scharfe Kritik der Kanzlerin an Sarkozys Mittelmeer-Union / Treffen in Paris

Berlin. BERLIN, 6. Dezember. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Bedenken und Wünschen des Bundesrates und der unionsgeführten Bundesländer Rechnung getragen, das Ratifikationsverfahren zum EU-Vertrag von Lissabon zwar zügig voranzutreiben, zugleich aber auch eine ausreichende Beratungszeit einzuplanen. Mehrere Landesregierungen, darunter die Bayerische Staatsregierung, neigen dem Vernehmen nach dazu, während der Beratungen über den europäischen Vertrag Forderungen nach einer weiter als bisher gehenden Befassung des Bundesrates zu erheben. Deswegen plädierten sie dafür, den Vertrag nicht schon im Februar zu ratifizieren. Frau Merkel kündigte nun an, der Vertrag werde noch vor der Weihnachtspause im Kabinett behandelt und dann dem Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet werden. Sie erwarte, „dass wir vor der Sommerpause 2008 mit den jeweiligen Arbeiten fertig sind“.

Ein weiteres Mal wurden jetzt europapolitische Differenzen zwischen der französischen Regierung und der Bundesregierung deutlich, die zum Themenkreis der deutsch-französischen Konsultationen am Donnerstagabend in Paris gehörten. In einer – auch in Berliner Regierungskreisen – überaus deutlich empfundenen Form distanzierte sich Frau Merkel von Vorstellungen des französischen Präsidenten Sarkozy über eine „Mittelmeer-Union“. In der Bundesregierung gibt es die Einschätzung, Sarkozy versuche mit verschiedenen Vorstellungen zur Europapolitik die Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres vorzubereiten.

Frau Merkel erhob am Vorabend ihrer Gespräche mit Sarkozy die Forderung, eine vertiefte Zusammenarbeit einzelner EU-Mitgliedstaaten müsse grundsätzlich allen EU-Mitgliedstaaten offenstehen. Sie nannte als Beispiele die Einführung des Euro und das Schengener Abkommens zum Abbau von Grenzkontrollen, welchen Verträgen auch die bisher nicht da-



Kleine europapolitische Verstimmungen: Sarkozy empfängt Merkel am Donnerstag im Elysée-Palast.

Foto: AFP

zugehörigen Staaten beitreten können, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen. Doch gebe es jetzt Tendenzen, denen sie „sehr skeptisch“ entgegenstehe. Ausdrücklich nannte sie den französischen Vorschlag einer Mittelmeer-Union. Vor dem Kreis „Konvent für Deutschland“ äußerte Frau Merkel abweichend vom ursprünglichen Redemanuskript: „Ich sage das unverhohlen: Die Zusammenarbeit von einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union muss so sein, dass sie für jeden offen ist, und es muss von allen gebilligt werden, dass zwischen einigen Mitglied-

staaten eine solche Zusammenarbeit stattfindet.“ Wenn es jetzt eine besondere Form der Zusammenarbeit ausschließlich der Mittelmeeranrainerstaaten geben solle, die sich aber „finanzieller Instrumente aus der Europäischen Union“ bediene, sage sie entsprechende Konsequenzen anderer EU-Mitgliedstaaten voraus. Als Beispiel erwähnte sie: „Dann müssen wir auch eine Osteuropa-Union beispielsweise mit der Ukraine machen.“ In der Konsequenz sei eine solche Entwicklung „sehr gefährlich“. Frau Merkel begründete das so: „Dann könnte es näm-

lich sein, dass sich Deutschland mehr von der mittel- und osteuropäischen Seite tangiert fühlt, Frankreich sich mehr von der Mittelmeerseite tangiert fühlt. Das würde Spannungen innerhalb Europas wachrufen, die ich nicht möchte.“ Es müsse deshalb klar sein: „Die Mittelmeer-Verantwortlichkeit ist auch für einen Nordeuropäer vorhanden, genauso wie die Zukunft der Grenzen zu Russland und der Ukraine auch Sache derer ist, die am Mittelmeer beheimatet sind.“ Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Europäische Union in ihrem „Kernbereich“ vertalle.